

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 3/40. Jahrgang

März 2009

Schutzgebühr: 0.30 E

Inhalt:

Frauentag/Umweltpreis	S.2
Kinderbetreuung in GI+HN	S.3
Jugendwerkstatt/Amtsgericht	S.3
Tarifrunde/Hartz-IV	S.4
Kapitalismus in der Krise	S.5
Gaza-Veranstaltung/Nazi freigelassen	S.6
Fahrräder statt Autos/DKP-Schulung	S.6
Leserbriefe/UZ-Fest/Kuba-Brigade	S.7
Termine	S.8

Umweltpreis für Gen-Feld-Besetzer

Bürgermeisterin Weigel-Greulich hat bis zum 28.2.09 um Vorschläge zur Verleihung des Umweltpreises gebeten. Der mit 2.600 Euro dotierte Preis wird für besondere Aktivitäten zur Stärkung des Umweltbewusstseins, zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen, zur Verhinderung oder Beseitigung von Umweltschäden oder zur ökologischen Verbesserung des Wohnumfeldes verliehen. Die DKP hat ihren Vorschlag eingereicht: die Gießener Genfeldbesetzer. (s. S. 2)

Iß nur, für dieses Schnitzel mußte kein Tier sterben



Es stammt aus der Retorte!



8. März - Internationaler Frauentag



Gaspreis sinkt – Abzocke bleibt

Pünktlich mit der zu Ende gehenden Heizperiode – zum 1. April – haben die Stadtwerke Gießen AG (SWG) niedrigere Gaspreise angekündigt – um durchschnittlich 20% sollen die Tarife sinken. Das ist zu spät und zu wenig. Zum 1.10.08 wurden die Preise um 30% angehoben – angeblich zum Angleich an den Ölpreis, der zu diesem Zeitpunkt allerdings schon deutlich am Sinken war. Ein kurzzeitiger spekulationsbedingter Höhenflug des Ölpreises hat den Gaskunden ausgerechnet im kältesten Winter seit Jahren den bisher höchsten Gaspreis beschert. Spätestens zu Beginn dieses Jahres hätten die Preise wieder

runter gemußt. Wenn die Bindung an den Ölpreis ernst genommen würde, müßten sie jetzt unter den Wert vor dem 1.10.08 fallen. Ähnlich ist es mit den Stromtarifen, die zum 1.1. kräftig angehoben wurden. Bei weltweit sinkenden Energiepreisen gibt es keine Rechtfertigung für diese Erhöhung, es ist reine Ausplünderung der Einwohner Gießens.

Mal sehen, wie viele Millionen Euro Dividende die SWG demnächst an die Stadtkasse überweisen wird – oder haben die einen Trick gefunden, ihre Profite auf Kosten der Bürger zu verschleiern?

Gernot Linhart

Der Internationale Frauentag in Gießen

Als verkaufsoffener Sonntag wurde am 8. März der Internationale Frauentag in Gießen begangen. (Foto rechts: Seltersweg um 14.45 Uhr). Verantwortlich dafür sind die große Koalition in Berlin, die das Ladenschlußgesetz fast völlig preisgegeben hat und die Verantwortlichen der Stadt, die dies genehmigten. Die Beschäftigten im Einzelhandel - mit großer Mehrheit Frauen - haben das Nachsehen. In der DDR war der Internationale Frauentag gesetzlicher Feiertag.



Für Frieden und Sozialismus!



Nicht nur am 8. März für Frauenrechte streiten

Einmal im Jahr, am Internationalen Frauentag, wird über die gesellschaftliche Stellung der Frauen geredet. Hier besteht tatsächlich noch immer Handlungsbedarf; teilweise ist die Situation in der BRD sogar schlechter geworden. Frauenrechte sind im Kapitalismus nur insofern von Belang, wie sie mit den Erfordernissen der Produktion in Einklang stehen.

Nach einer EU-Untersuchung liegen die Bruttoeinkommen der Frauen bundesweit noch immer um 23% unter denen von Männern. Dieser – verglichen mit der Alt-BRD – relativ „niedrige“ Unterschied resultiert auch aus der Tatsache, daß in der DDR die Frauen auch beim Verdienst gleichberechtigt waren; in Ostdeutschland beträgt der Lohnunterschied nur 6% (bei insgesamt niedrigeren Löhnen). Aber Frauen sind nicht nur beim regulären Monatsgehalt benachteiligt, sondern auch beim Weihnachtsgeld, beim Urlaubsgeld, bei Gewinnbeteiligungen, Überstundenzuschlägen u.a.m., wie eine Untersuchung der Hans-Böck-

ler-Stiftung jetzt ergab.

Frauen sind von Krise und Armut am stärksten betroffen; das ist bekannt. Am Ende der Skala stehen alleinerziehende Mütter und Rentnerinnen, Hartz-IV-Empfängerinnen, die unterhalb der Armutsgrenze leben und allen möglichen Schikanen der „Zumutbarkeit“ ausgesetzt sind. Das geht bis zur Aufforderung, in einem typischen „Frauenberuf“, als Prostituierte, zu arbeiten (was bereits geschehen ist). Denn seit 2002 ist Prostitution nicht mehr sittenwidrig, sondern sozialversicherungspflichtig und damit ein Beruf wie jeder anderen und daher „zumutbar“.

Heute werden am Internationalen Frauentag vor allem die ökonomischen Unterschiede angeprangert und „Gleichberechtigung“ bzw. „Gleichstellung“ gefordert (was auch notwendig ist). - Früher ging es nicht nur um gleiche Arbeitsbedingungen, wie sie Männer haben; nicht nur um die Beseitigung der zusätzliche Ausbeutung der Frauen. Als es noch eine stärkere

Arbeiter- und Frauenbewegung und als es noch die sozialistische DDR gab, war Frau schon mal weiter. Damals wurde „Emanzipation“ verlangt. Das beinhaltet mehr: die Möglichkeit zur Selbstverwirklichung von Frauen und Männern. Damals ging es auch um die „Qualität der Arbeit“, um bessere Arbeitsbedingungen und Arbeitszeitverkürzung (bei vollem Lohnausgleich) für alle. Von all dem sind wir heute mehr denn je entfernt.

Der Kapitalismus aber hat keine Zukunft; er wird die Verelendung so lange vorantreiben (aus seiner Gesetzmäßigkeit heraus vorantreiben müssen), bis die ausgebeuteten und unterdrückten Menschen dem ein Ende setzen. August Bebel's Buch „Die Frau und der Sozialismus“ endet mit dem Satz: „Die Zukunft gehört dem Sozialismus, das heißt in erster Linie dem Arbeiter und der Frau.“

Dabei gibt es aber keinen Selbstlauf; noch immer gilt die Mahnung von Rosa Luxemburg: Sozialismus oder Barbarei.
Erika Beltz

DKP schlägt Gen-Feld-Besetzer für Umweltpreis vor

Auszüge aus der Begründung: Genmanipuliertes Getreide ist unnötig

Die an Gerste vorgenommenen Manipulationen am Erbmaterial sollen dieses Getreide nach Aussagen der Wissenschaftler verträglicher für Geflügel und ergiebiger beim Bierbrauen machen.

Es ist nicht bekannt, daß Geflügelzüchter sich über eine mangelnde Auswahl an Hühnerfutter beklagen haben. Die Nachfrage nach Eiern oder Fleisch der mit diesem Getreide gefütterten Tiere dürfte sich in engen Grenzen halten. Auch von Brauereien ist nicht bekannt, daß sie mit dem herkömmlichen Gerstenmalz unzufrieden sind.

Das aus solchem Material gebraute Bier dürfte nahezu unverkäuflich sein. „Aus dem Genlabor“ statt „Aus dem Herzen der Natur“ – dieser Spruch wäre die totale Antiwerbung.

Genmanipuliertes Getreide ist gefährlich

Die Auswirkungen genveränderter Pflanzen auf die Umwelt sind nicht vorhersehbar. Ihre Ausbreitung in die

Umgebung läßt sich bei Freilandversuchen nicht vermeiden. Bei der Blüte werden die Pollen durch Insekten und Wind auf andere Pflanzen übertragen. Dadurch können verwandte Pflanzen die manipulierten Gene aufnehmen und damit unvorhersehbare Eigenschaften annehmen. Diese Eigenschaften können an alle Nachkommen dieser Pflanzen weitergegeben werden. Ebenso können die Früchte der genveränderten Pflanzen durch Tiere (Vögel, Kleinnager, Insekten) in die Umgebung verschleppt werden, dort keimen und die natürliche Pflanzenwelt für immer verändern. Aus bisherigen Versuchen und Vorfällen ist bekannt, daß als Nahrung aufgenommene Genpflanzen Allergien auslösen, zu einer schleichenden Vergiftung oder zur Unfruchtbarkeit führen können.

Genmanipulierte Pflanzen nutzen nur den Agrarkonzernen

Genveränderte Pflanzensamen werden fast ausschließlich von internationalen Agrarkonzernen hergestellt und gehandelt. Landwirte, die diese Samen ausbringen, müssen langfri-

stige Lizenzverträge unterschreiben – sie werden auf Dauer abhängig. Eigenes Saatgut dürfen sie nicht mehr produzieren. Oft werden sie auch von den Düngern und Pflanzenschutzmitteln des Konzerns abhängig, da die manipulierten Pflanzen auf deren Chemikalien abgestimmt sind. Nicht mehr der Landwirt bestimmt, was er wie anbaut, sondern die Agrarindustrie. Die Nahrungsmittelproduktion ganzer Länder kann so unter die Kontrolle einzelner Konzerne geraten.

Liebe Leserinnen und Leser,

diese Zeitung zu machen kostet Geld.

Wir bitten daher um **Spenden**, auch damit wir das Echo weiterhin in hoher Auflage von 6000 verteilen können.

Gießener Echo

Konto Nr. 193070, BLZ
51350025,

Sparkasse Gießen

Die Echo-Redaktion dankt herzlich.



Kinderbetreuung in Heilbronn: fast wie in der DDR

In Heilbronn ist seit einem Jahr der Besuch aller Kinderkrippen und –tagstätten kostenlos. Gleichzeitig wurde eine „Qualitätsoffensive“ gestartet und der Betreuungsschlüssel deutlich verbessert; weitere Maßnahmen sollen folgen.

Das läßt sich die Stadt jährlich 2,7 Millionen Euro kosten; die Eltern sparen dabei zwischen 700 und 1700 Euro im Jahr. Das macht die Stadt attraktiv; allein in der ersten Jahreshälfte 2008 ist sie um 675 Einwohner gewachsen. 98% aller Kinder im entsprechenden Alter besuchen eine Einrichtung – Zustände wie im Sozialismus. E.B.

Aufregung in der Jugendwerkstatt.

Im Gießener Echo vom Januar waren in einem recht anschaulichen Bericht „Protestantische Ethik und kapitalistischer ‚Geist‘“ einige kritische Worte über die Jugendwerkstatt zu lesen.

Auch am Ort des Geschehens tauchte das Echo auf. Da dieser Artikel, der aufgrund von Gesprächen und somit Erfahrungen recht realistisch und gleichzeitig polemisch war, überkam den Meister Zorn. Gegen das im Grundgesetz garantierte Recht auf Information verlangte er, dass die jungen Leute das Echo abzuliefern haben. Wo in einer Gesellschaft die Angst um den Arbeitsplatz und Bessitzung umgeht, geschah was geschehen musste: Fast alle gaben die Zeitung heraus. M.B.

Kinderbetreuung in Gießen: Vetternwirtschaft

Die CDU geführte Stadtregierung in Gießen betreibt mit der neuen Kindertagesstätte für die Nordstadt, die in der Schottstraße eingerichtet werden soll, völlig ungenierte Klientel- und Vetternpolitik.

Während in der Nordstadt die Zugehörigkeit zur katholischen Kirche bei der Bevölkerung keine allzu große Rolle spielen dürfte, werden in der neuen Kita die Kinder demnächst in klarer ideologischer Orientierung zur katholischen Kirche hin erzogen.

Der Stellenausschreibung für die Leitung der Kita ist zu entnehmen, daß neben entsprechender beruflicher Qualifikation folgende Merkmale gewünscht sind:

„Bereitschaft die Einrichtung im Sinne des christlichen Bildungsauftrages als Teil des Gemeinwesen zu führen“ sowie „aktive Zugehörigkeit zur katholischen Kirche und Identifikation mit deren Grundsätzen“.

Die DKP Gießen verurteilt die Vergabe an einen Träger, der völlig ungeniert seine weltanschauliche Orientierung zur Handlungsgrundlage einer Kindertagesstätte macht, die er im Auftrag der Stadt betreiben soll.

Die übrigen Beschäftigten müssen übrigens nicht katholisch sein, aber Mitgliedschaft in einer christlichen Kirche wird erwartet.

Die DKP fordert die Trennung von Kirche und Staat, Schluß mit der kirchlichen Beeinflussung von Kindern und Familien. K.S.

So wird die Post vom Amtsgericht zugestellt!

Ein Bote des Amtsgerichtes Gießen erschien am Dienstag, den 03.02.09, um 11.56 Uhr in der Diezstraße. Dort klebte er ein Schreiben an eine Bewohnerin des Hauses Nr. 7 an die Eingangstür. Nach bürgerlichem Recht ist dies unzulässig. Das Schreiben hätte persönlich übergeben bzw. als zweiten Schritt in den Briefkasten eingeworfen werden müssen.

Der Einwurf in den Briefkasten gilt laut Auffassung des Amtsgerichtes als



Übergabe. Hier wurde demnach gegen geltendes Recht und auch gegen den Daten-

schutz verstoßen. Der gleiche Vorgang soll sich am 04.03.09 wiederholt haben.

Hessische Beschäftigte weiter im Tarifkampf

Nach Warnstreiks und Großkundgebungen wurde in der Tarifrunde für die Beschäftigten der Länder ein Kompromiß ausgehandelt. Ausgenommen davon sind die Beschäftigten vom CDU/FDP-regierten Hessen sowie die vom SPD/Linkspartei regierten Berlin, die aus der Tarifgemeinschaft der Länder ausgetreten sind.

Unter Berücksichtigung aller Einzelvereinbarungen bedeutet das Ergebnis ein erreichtes Volumen von 4,1% - im Gegensatz zum ersten „Verhandlungsangebot“ von

1,3% sowie aber auch im Gegensatz zu der Forderung der Gewerkschaft nach Gehaltserhöhungen von 8%, mindestens 200 Euro. Ein Ausgleich für die Reallohnverluste der letzten Jahre wurde damit nicht erreicht; und die lange Laufzeit von zwei Jahren ist nicht im Interesse der Beschäftigten. Die „öffentlichen Unternehmer“ haben sich wieder einmal von ihrer schäbigen Seite gezeigt und mit dem Scheinargument der „leeren Kassen“ gepokert. Und das in einer Zeit, in der gleichzeitig zur „Bankenrettung“ und „Wirtschaftsförderung“ Hunderte Milliarden Euro verpulvert werden. Hier hätte ein Beitrag zur notwendigen Stär-

kung der Kaufkraft geleistet werden können, indem einer Beschäftigten-gruppe, die seit Jahren in den Tarifrunden anderen Branchen hinterherhinkte, endlich eine kräftige Lohnerhöhung bezahlt wird.

Ob die 45.000 Beschäftigten des Lan-



Kundgebung am 12.2. in Gießen

des in den Genuß dieses bescheidenen Abschlusses kommen werden, ist noch nicht einmal sicher. Koch ist vor fünf Jahren aus der Tarifgemeinschaft der Länder ausgetreten (weigert sich auch, wieder zurückzukehren).

Innenminister Bouffier hat bereits auf die „schwierige wirtschaftliche Lage“ hingewiesen, in der es „nicht nur um die Einkommen der Arbeiter und Angestellten“ gehe, sondern auch um die „Steuerzahler“. Mit anderen Worten: er wird versuchen, dieses mickrige Ergebnis weiter zu drücken. Die erste Verhandlung am 6. März verlief ohne Ergebnis. E.B.

Selbstständige und Hartz-IV

Über 100.000 Selbstständige sind zusätzlich auf Arbeitslosengeld II angewiesen

Dies teilte die Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke mit. Die Zahl der selbstständig erwerbstätigen Bezieher von ALG II (Hartz IV) ist seit Januar 2005 kontinuierlich gestiegen.

Vor vier Jahren waren rund 34.000 Selbstständige (das entspricht 0,8% aller ALG-II-Bezieher) registriert worden, die neben Einkünften aus der Selbstständigkeit soziale Leistungen bezogen. Diese Zahl hat sich bis September 2008 auf 108.000 (2,2% aller ALG-II-Bezieher) erhöht.



Uni-Berlin: 600.000 Hartz-IV-Empfänger können sich notwendige Medikamente nicht leisten

Einen weiteren Skandal hat jetzt die Uni in Berlin (Fachbereich Politik) publik gemacht: „600.000 Hartz-IV-Empfänger müssen wählen: Finanzieren sie aus ihrem monatlichen Regelsatz von 351 Euro (für Alleinstehende) Lebensmittel oder Medikamente.“ Und weiter in der Pressemitteilung: „Die Öffentlichkeit hat sich in fast zynischer Weise daran gewöhnt, dass 9 Millionen Hartz-IV und Sozialhilfeempfänger, Ein-Euro-Jobber, „Aufstoker“ und Niedriglöhner, arme Rentner und Kinder, Wohnungslose, Migranten und verdeckt Arme nicht mehr zur Zielgruppe großkoalitionärer Politik gehören... 20% der repräsentativ befragten Hartz-IV-Empfänger gaben zu Protokoll, dass sie nichtverschreibungspflichtige Medikamente offen-

kundig nicht bezahlen können (im Regelsatz sind hierfür ganze 40,22 Euro vorgesehen, die oft bei weitem nicht ausreichen). Dabei geht es nicht um Hustensaft oder Kräutertee, sondern in der Regel um wichtige Medikamente. Sozial Diskriminierte sollten zumindest Hören und Sehen können – aber Hörgeräte und Brillen gibt es in der Regel nicht... Als dringliche Schlussfolgerung ergibt sich, dass bei chronisch Kranken therapienotwendige nichtverschreibungspflichtige Medikamente von den Krankenkassen übernommen werden müssen...“ - Während für Banken und zur Wirtschaftsförderung Milliarden ausgegeben werden, müssen Hartz-IV-Empfänger um jeden Cent kämpfen; für sie wirken sich weder Steuerer-

leichterung noch Kindergelderhöhung aus. Ihr monatliches Einkommen, das schon zu Beginn der „Zusammenlegung von Sozial- und Arbeitslosenhilfe“ unter der Armutsgrenze lag, ist weiter gesunken. Durch Mehrwertsteuer- und Preiserhöhung für Lebensmittel und Energie mußten sie seit Bildung der großen Koalition reell 13 – 14% Einkommenseinbußen hinnehmen. Und auch jetzt beim „Konjunkturpaket 2“ wird auf eine Anhebung ihre Kaufkraft verzichtet; die Ärmsten der Gesellschaft sind für CDU/SPD abgeschrieben. Dazu paßt die neueste Entgleisung von CDU-Miðfelder (der, der alten Menschen kein neues Hüftgelenk zubilligt): eine Erhöhung von Hartz IV wäre nur "ein Anschub für die Tabak- und Spirituosenindustrie".

Kapitalismus in der Krise

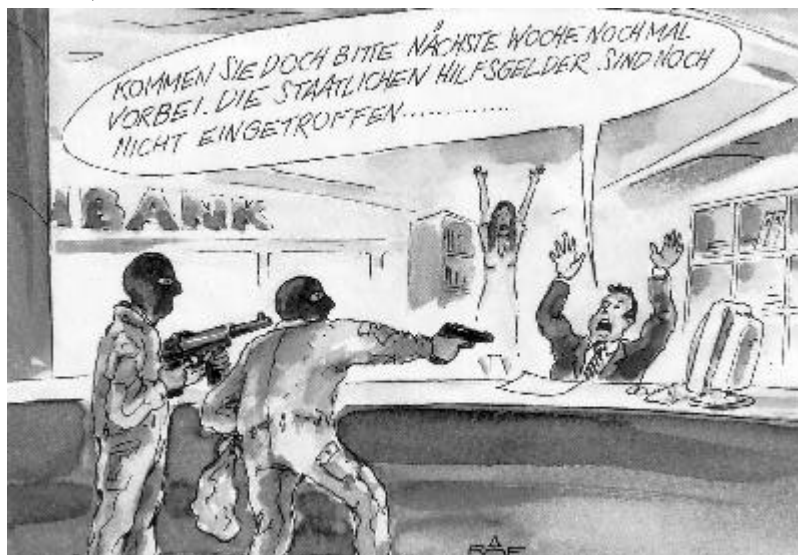
Den Teufel spürt das Völkchen nie und wenn er sie beim Kragen hätte, sagt Mephisto in Goethes Faust. In Zeitungs-umfragen waren bisher häufige Antworten der Bevölkerung, die Krise sei nur herbeigeredet oder ein mieser Trick der Banken, um sich Staatsknete unter den Nagel zu reißen. Inzwischen beschleicht doch viele ein mulmiges Gefühl und es geht wachsende Angst um. Die meisten von uns erfahren Firmenpleiten und Arbeitslosigkeit noch nicht selbst, dennoch wird die Krise greifbarer. Traditionsreiche Unternehmen wie Märklin, Rosenthal, Hertie, Opel stehen am Abgrund. Arbeiter und Angestellte gehen für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze und bessere Löhne auf die Straße. Wer wissen will, was auf uns zukommt, der blicke nach USA, die uns stets um einiges voraus sind. Dort werden Arbeitsplätze in atemberaubendem Tempo vernichtet, so dass

der Arbeitslosenversicherung bereits das Geld ausgeht. Fast 4 Millionen Arbeitsplätze gingen seit Beginn der Rezession verloren, davon fast 2 Millionen in den vergangenen drei Monaten. Auch Unternehmen, die noch Gewinne einfahren, bauen vorsorglich Stellen ab, weil sie mit einer lang anhaltenden Rezession rechnen. Baustellen sind verwaist, Kräne stehen still, Hochhäuser finden keine Mieter.

Ladenfronten sind leer, Fenster verbarrikadiert. In Pizzerias und Modeboutiquen bleibt die Kundschaft aus.

Viele Menschen hierzulande sind in dem Irrtum befangen, das wirtschaftliche Wachstum in den kapitalistischen Industriestaaten der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg sei der Normalfall. Es war aber die der kolossalen Kriegszerstörung geschuldete Ausnahme. Auch in den „goldenen Jahren“ der Nachkriegsprosperität herrschten in der Welt des Kapitals außerhalb der Metropolen Hunger, Elend und Krieg. In den ersten fünfzig Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts brachte der Kapitalismus zwei Weltkriege, in vielen Ländern Faschismus, eine Weltwirtschaftskrise, in Deutschland zwei Inflationen, in denen die Menschen ihrer Ersparnisse enteignet wurden.

Man sagt uns, die Politik habe aus der Weltwirtschaftskrise gelernt: Staatliche Investitionen sollen die Wirtschaft beleben, ein Defizit des Staatshaushalts sei



auf Zeit hinzunehmen. Aber der Staat hat wie Unternehmen und Konsumenten sein Pulver längst verschossen. Schon seit



Jahrzehnten feiert die Welt des Kapitals eine Fete auf Pump. Hedgefonds kauften Unternehmen fast ohne Eigenkapital, Konsumenten ohne finanziellen Rück-

halt wurden Häuser ange-dreht und Staaten verschuldeten sich seit Mitte der Siebziger explosionsartig. Italien, Griechenland, Irland und viele andere stehen vor dem Staatsbankrott.

In der Weltwirtschaftskrise 1929-32 hatte der deutsche Reichskanzler Brüning Löhne und Gehälter, Arbeitslosen- und Sozialhilfe, Renten und andere Sozialausgaben kontinuierlich gekürzt, um einer Inflation wie 1914-23 vorzubeugen. Für die Banken hatte er auch damals schon Millionen-Rettungs-

pakete bereit. Oskar Lafontaine machte schon im November 2002 darauf aufmerksam, dass Kanzler Schröder mit seiner Agenda-Politik zur Schaffung von Niedriglohnsektor, Leiharbeit und Hartz-IV der Brüning'schen Sparpolitik folgte. Bleibt der Roosevelt'sche New Deal mit der Staatsverschuldung, um Investitionen zu tätigen. Aber die Staaten sind heute schon verschuldet, wie man es bisher nur aus Kriegszeiten kannte. Und sollte diese Politik der Heilung der Schuldenkrise durch gigantische neue Schulden - außer Inflation - nichts bewirken, was dann? Graf Lambsdorff antwortet auf die Frage nach den weiteren Möglichkeiten (Bild, 15. Jan. 2009): „Verantwortbare Möglichkeiten - keine!“ Demonstrationen unter der Losung „Wir zahlen nicht für eure Krise!“ können nur ein allererster Anfang sein. Klaus Mewes

Frechheit siegt

Wir schrieben es schon im letzten „Echo“: Die Krise ist der politischen Wahrheit nicht günstig. Die Kanzlerin, die uns weismachen will, die Billionen Staatsschulden würden einmal getilgt, wenn auch erst ab 2020, erklärte vor dem Bundestag, 171 Milliarden Schulden aus der DDR-Übernahme seien zurückgezahlt worden. Die Wahrheit: Sondergewinne aus dem Verkauf von UMTS-Lizenzen wurden zur Tilgung von 77 Milliarden Euro genutzt. Der Rest wurde umgeschuldet und harret nun in einem anderen Topf der Tilgung. Der Regierungssprecher bestätigte, dass Merkel den Sachverhalt genau kannte.

Finanzminister Steinbrück wollte seine liebe Angela nicht im Regen stehen lassen. Gefragt, ob denn nun der besagte Fonds getilgt oder umgeschuldet sei, antwortete er: „Beides ist richtig.“ Hat er nun in der Schule nicht aufgepasst, als der Lehrer verbot, Alternativfragen mit „Ja“ zu beantworten, oder handelt er nach dem Motto: „Frechheit siegt!“? Ich denke, hier ist beides richtig. Fiete Krümel

DKP-Veranstaltung: Krieg im Gaza-Streifen

„Krieg im Gazastreifen“ war das Thema einer Veranstaltung der DKP im Versailleszimmer der Kongreßhalle. Die Autorin und Journalistin (u.a. „junge Welt“) Karin Leukefeld behandelte in ihrem Referat vor allem die Gründe, die zur jetzigen Situation in Palästina/Israel geführt haben. Seit dem Teilungsplan der UN und der Staatsgründung Israels werden die dort beheimateten Palästinenser vertrieben - in die angrenzenden Länder oder auf immer kleiner werdende Gebiete im eigenen Land. Eine Möglichkeit zur wirtschaftlichen Entwicklung gibt es unter den Bedingungen der Besatzung und der Absperrung des Gaza-Streifens nicht. Fehlende Perspektiven trotz oft sehr guter Ausbildung führen zu einer Radikalisierung, was die Erfolge der islamistischen Hamas erklärt. Abschließend erklärte Karin Leukefeld, ein Palästinenser-Staat auf der von israelischen Siedlungen durchzogenen Westbank und im Gazastreifen sei nicht überlebensfähig.



von rechts: Karin Leukefeld, Referentin, Henning Mächerle und Michael Beltz, beide DKP

Einzig realistische Lösung sei ein gemeinsamer Staat mit gleichen Rechten für Israelis und Palästinenser. In der anschließenden lebhaften Diskussion gab es viele Zweifel an der Realisierbarkeit dieses Vorschlages. Die Referentin verwies auf Beispiele langsamer Versöhnung verfeindeter Bevölkerungsgruppen (Südafrika, Nordirland) und Ansätze von friedlichem Zusammenleben von Juden und Palästinenser in einigen Modellsiedlungen. Gernot Linhart

Nazi freigelassen

Der Nazi-Schläger Kevin Schnippkowitz, der am 12.1.09 wegen seines brutalen Überfalls auf ein 13jähriges Mädchen in einem linken Zeltlager zu 27 Monaten ohne Bewährung verurteilt wurde, ist aus der JVA Rockenberg entlassen worden. Er hat gegen das Urteil Revision eingelegt, das damit nicht rechtskräftig wurde. Als Begründung wird angegeben, dass erst in 2010 eine neue Verhandlung stattfinden kann und eine bis zu diesem Zeitpunkt dauernde Untersuchungshaft die zu erwartende Dauer der zu verbüßenden Straftat möglicherweise übersteigen würde. Dem Skandal des milden Urteils „wegen schwerer Körperverletzung und Sachbeschädigung“ statt zumindest versuchtem Totschlag – das Mädchen war lebensgefährlich verletzt worden – wurde ein weiterer hinzugefügt.

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, Erscheinungsweise: monatlich. Bezugsgebühren: 15 € im Jahr (inkl. Versand), erm. 10 €. Kto.Nr: 193070 bei Sparkasse Gießen, BLZ 51350025. Druck: Druckkollektiv Gießen Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, Telefon/Fax 0641/2503430. E-Mail: dkpgiessen@aol.com. Im Internet: <http://www.dkp-giessen.de>

Redaktionsschluß für das April-Echo: 26.03.09

Fahrräder, Busse und Züge statt neuer Autos

2500 Euro erhält jeder vom Staat geschenkt, der zur Zeit gerade ein altes Auto hat und sich ein neues leisten kann. Ob so eine willkürliche Bevorzugung einiger mit dem Grundgesetz

Der Allgemeine Deutsche Fahrrad Club (ADFC) hatte auf seiner letzten Bundesversammlung ein Programm gefordert, mit dem eine Million alte Fahrräder bei einem Zuschuß von je 200



Euro gegen neue, verkehrssichere Räder getauscht werden.

Damit könnte der Radverkehr sicherer werden (zum Beispiel haben neue Räder bessere Beleuchtungen und Bremsen) und Menschen zum zeitweisen Umstieg vom Auto aufs umweltfreundliche Rad bewegen werden. Auch Nahverkehrsbetriebe und die Bahn könnten Zuschüsse für neue Fahrzeuge brauchen. Verkehrsminister Tiefensee war

vereinbar ist, wäre mal eine Prüfung wert.

Dabei gibt es schon seit längerem viele Vorschläge, mit denen die Konjunktur gestützt und gleichzeitig etwas sinnvolles gefördert würde.

bei der ADFC-Versammlung anwesend und lobte die Arbeit des Verbandes. Für die Umsetzung der Forderungen tat er nichts im Kabinett. Den Spitznamen „Flachpfütze“ hat er redlich verdient. Gernot Linhart

Planung für weitere DKP-Schulungen

Nach den erfolgreichen Lehrgängen zu Lenins „Staat und Revolution“ und „Was tun?“ mit insgesamt fast 20 Teilnehmern sollen einige Abende zur Politökonomie (Marx: „Lohnarbeit und Kapital“ bzw. „Lohn, Preis Profit“) folgen. Diese Schulung ist nicht nur für Mitglieder der DKP gedacht, die eingesehen haben, dass ohne ständiges Studium der Schriften von Marx, Engels, Lenin und anderen politische Arbeit nur auf alten Erfahrungen stattfindet - und dann leicht in Handwerkelei oder Dogmatismus ausarten kann. Wer also Interesse hat, sollte sich melden. Ort und Zeit wird auf Nachfrage bekannt gegeben.

Leserbriefe

Pius-Brüderschaft

Es ist ernst zu nehmen und auch kein Zufall, wenn ausgerechnet ein deutscher Papst sich für Vertreter der Pius-Brüderschaft und Holocaustleugner in der katholischen Kirche verwendet. Was eigentlich ein Fall für Staats- und Verfassungsschutz sein sollte, wird von senilen und widersprüchlichen Äußerungen des katholischen Oberhauptes gedeckt und aufgewertet.. Wie gesagt, kein Zufall: Erinnert sei an die Reichskonkordate unter Papst Pius XI und dessen Kardinalsekretär Pietro Gaspari, welche Mussolinis faschistisches Regime in Italien offiziell ab 1929 und Hitlers Nazi-Diktatur schon ab 1933(!) stützten. So ist in dem Reichskonkordat u.a festgeschrieben, dass sich der Klerus verpflichtet „für das Wohlergehen des Deutschen Reiches und Volkes“ zu beten. Die heutige Rehabilitation dieser Pius-Brüder ist eine Verhöhnung aller Opfer des Faschismus, auch aus den eigenen katholischen Reihen. Sie soll Faschismus, Nationalismus und Kriege gerade in Zeiten von Wirtschafts- und ideologischen Krisen wieder salonfähig machen! U. Moldenhauer

Islam-Unterricht

Ich las in den letzten Tagen über Islam-Unterricht in den Schulen. Die Linkspartei hat dies befürwortet, da es ja auch christlichen Religionsunterricht an den Schulen gibt. Rein logisch ist dies natürlich richtig, aber: Wäre es nicht an der Zeit, dass die Linkspartei forderte, dass aller Religionsunterricht an den deutschen Staatsschulen abgeschafft wird?! Wir sind doch ein säkularer Staat, und Religion ist Privatsache! Wann fordert die Linkspartei die Abschaffung des Konkordats?! Das Konkordat verstößt gegen die religiöse Neutralitätspflicht des Staates und ist außerdem einmalig in der Welt! Außerdem wurde es mit einer NS-Regierung abgeschlossen! Es scheint natürlich, dass zumindest die katholische Kirche die guten Beziehungen zu den Nazis weiterhin pflegt – siehe Papst Joe Ratzinger und Bischof Williamson. Wann wird Joe Ratzinger Ehrenvorsitzender der NPD? (Name istbekannt)

Anmerkung der Redaktion: Der Intention des Leserbriefes stimmen wir durchaus zu. Für Aufforderungen an die Linkspartei sind wir jedoch nicht zuständig. Die Trennung von Staat und Kirche - und deren Einhaltung - ist eine klare Position der DKP (die auch im Artikel auf Seite 3 zum Ausdruck kommt).

Ganz herzlich gratulieren wir

Fiete Krümel

zu seinem ... runden Geburtstag. Es ist immer eine Freude für uns, seine ironischen und gleichzeitig klugen Anmerkungen zu lesen.

Sein Alter nennen wir wegen der Spitzeltätigkeit von Verfassungsschutz, MAD, BND, Telekom, Bahn, Schlecker, Lidl usw. ausnahmsweise nicht.
Gießen, im Februar 2009

Redaktion Gießener Echo

Viele Grüße aus dem (kapitalistisch) geschäftigen Österreich! Besten Dank für die Übersendung der Nr. 2/40. Jahrgang des Gießener Echos! Ich freue mich auf jede Eurer liebevoll bissigen Ausgaben dieser revolutionären Publikation. Weiter so! Viel Kraft und Gesundheit Euch allen! Bis zum Fest der Solidarität in Dortmund... M.B.

Verwechslung Täter -Opfer

In der Tat: Kriege traumatisieren, so auch in Afghanistan. Jedoch sind nicht nur deutsche Soldaten davon betroffen, sondern auch z.B. amerikanische Soldaten, die in den aggressiven und nicht gewinnbaren Krieg geschickt werden. Die Selbstmordrate ist immens, die Dunkelziffer hoch. Entscheidend ist aber, dass in den Medien Opfer mit Täter bewusst verwechselt werden. Wer spricht von der traumatisierten und getöteten afghanischen Zivilbevölkerung. Der Krieg muss sofort beendet werden, die deutschen Soldaten müssen abgezogen und nicht aufgestockt werden. Uwe Bossart

UZ unsere zeit
Revolutionäre Wochenzeitung

**Woche für Woche
Antikriegszeitung**

Probexemplare bzw.
10 Wochen gratis-Abo
(endet automatisch):

UZ-Unsere Zeit, Hoffnungstr. 18,
45127 Essen, tel 0201-2486482,
E-mail: UZabo@t-online.de
www.unsere-zeit.de



Der Eintritt ist frei; der Button zu 5 Euro dient auch zur Finanzierung des Festes.

Wer helfen will und Schichten im Hesselzelt übernehmen kann, wer weitere Einzelheiten erfahren möchte, bitte melden.

Es gibt wieder die Möglichkeit neben dem Festgelände zu zelten.

Am Freitag, 19.6. tritt Konstantin Wecker auf.

6. bis 21. Juli 09: Europäische Brigade "José Martí"

Das Kubanische Institut der Freundschaft zwischen den Völkern (ICAP) lädt Sie ein, an einer Internationalen Arbeitsbrigade teilzunehmen.

Die freiwillige Arbeitsbrigade bietet Ihnen die Möglichkeit, während 13 Tagen das Land kennen zu lernen und Freundschaften mit Kubanern und Leuten aus aller Welt, besonders aus Europa, zu schließen und Informationen über die Lebensbedingungen in unseren Ländern auszutauschen. Weitere Auskünfte bei Gießener Echo oder: Tel. ICAP: (053 7) 8382403 und 8382407, E-mail: eurocentro@icap.cu, webseite: www.icap.cu

Kubanisches Institut der Völkerfreundschaft.

Aktionstag zum Welt-Finanzgipfel (G20) im Rahmen der globalen Aktionswoche gegen Krise und Krieg

Wir zahlen nicht für eure Krise

Bundesweite Demonstrationen in Berlin und Frankfurt/Main am Samstag, dem 28. März

Frankfurt

Auftakt 12 Uhr Hauptbahnhof + Bockenheimer Warte

Abschlusskundgebung 15 Uhr, Römerberg

Zeit für Systemwechsel - Für eine solidarische

Gesellschaft: Die Reichen und Profiteure sollen zahlen + Wir überlassen den Herrschenden nicht das Feld + Menschen vor Profite

Den Aufruf (www.28maerz.de) unterstützen u.a. Netzwerke u.a. attac), Gewerkschaften, Umwelt- u. Entwicklungsorganisationen, Sozialinitiativen, Friedens- und Zukunftswerkstatt e.V., Parteien (DKP, Linkspartei, Grüne), SDAJ Hessen... Von Gießen wird ein Bus nach Frankfurt fahren



Ostermarsch 2009: Schluss mit Kriegs- und Besatzungspolitik

Wir wollen die friedliche Lösung internationaler Konflikte, Abrüstung, Bekämpfung der Armut, Rettung der Umwelt, Soziale Gerechtigkeit, Durchsetzung der Menschenrechte und internationale Solidarität. Deshalb sind wir .. gegen das NATO-Kriegsbündnis .. gegen neue Eskalationen und Kriegsdrohungen.. für einen lebensfähigen Staat Palästina.. für Demokratie und Menschenrechte statt „präventiven Sicherheitsstaat“.. für Aktivitäten zum Stopp von Waffenhandel und Rüstungsexport.. für ökologische Konversion statt Kriegsvorbereitung in der Region

Wir fordern:

Bundeswehr raus aus Afghanistan

Schluss mit den anderen Auslandseinsätzen

Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland und Schließung der Militärstützpunkte

Keine Militarisierung im Innern

Abrüstung statt Sozialabbau

Treffpunkt für Gießen (Mittelhessen):

Ostermontag, 13. April, 11:30 Uhr Eschersheim, Am Weißen Stein

Von dort aus Demonstration zum Römerberg. Hier findet ab 13.00 Uhr die Antikriegskundgebung statt. Hauptredner ist Prof. Horst-Eberhard Richter. Ferner sprechen: Jürgen Grässlin (Bundessprecher DFG-VK) und Karola Stötzel (stellvertretende Vorsitzende GEW Hessen)

Osteraktionen in Gießen

Am Ostersamstag wird es eine Neuauflage des "Straßentheaters" vom letzten Jahr geben: "Die Friedensbotschafter sind in der Stadt" und fordern den Abzug der Truppen aus Afghanistan. 5 Leute sind verkleidet, tragen Masken und Plakate; gehen in einer kleinen Choreografie durch die Stadt. Parallel dazu werden Flugblätter verteilt.

Treffpunkt: 11 Uhr Kirchenplatz, danach Umzug durch die Stadt.

Vormerken: am 1. September, dem Antikriegstag 2009, kommt die Berliner Compagnie nach Gießen

Jeden Montag, 18 bis 19 h bei den 3 Schwätzern:

Protest gegen Hartz IV Gießener Montags-Demo: www.gimode.wordpress.com

GEWALTFREIE AKTION ZIVILER UNGEHORSAM



Aufruf zur Beteiligung:

Kommt am 4. April 2009 nach Strasbourg

Aufruf zur Beteiligung an einer gewaltfreien Aktion gegen die NATO am 4. April 2009

Am 3. und 4. April treffen sich die Staats- und Regierungschefinnen und -chefs der NATO in Baden-Baden und Strasbourg, um den 60. Geburtstag der NATO zu feiern. Wir sind der Meinung: 60 Jahre NATO sind kein Grund zum Feiern, sondern ein Grund, gewaltfrei Widerstand zu leisten!

Am 4. April werden zahlreiche Gruppen ihren Protest gegen die NATO zum Ausdruck bringen und versuchen, den NATO-Gipfel in Strasbourg zu behindern. Wir verstehen uns als Teil der internationalen Protestbewegung „No-to-war – No-to-NATO“ (www.no-to-nato.org) und werden uns mit einer aussagekräftigen gewaltfreien Aktion an diesen Protesten beteiligen.

5. April in Buchenwald, Kundgebung zum 64. Jahrestag der Selbstbefreiung

aus dem Aufruf:

...das Gedenken an die Selbstbefreiung des KZ Buchenwald (ist) eine Erinnerung an den organisierten Widerstand und die **Solidarität der Häftlinge** selbst unter den barbarischen Bedingungen eines Konzentrationslagers. Es ist ebenso eine Mahnung vor den grausamen Folgen des gezielt an die Macht gehieften menschenverachtenden deutschen Faschismus... Sie ist auch eine **Demonstration gegen antisemitische, fremdenfeindliche und neonazistische Bestrebungen** in Deutschland und anderen Staaten sowie eine klare Absage an Krieg und Unterdrückung...

Es sprechen:

Bertrand Herz, Präs. des Internat. Komitees Buchenwald-Dora und Kommandos **Ehemalige Buchenwald-Häftlinge**

Vertreter der Lagerarbeitsgemeinschaft Buchenwald-Dora

Anschließend Gedenkgang zum Glockenturm, Kranzniederlegung und gemeinsamer Abschluß der Veranstaltung

Busfahrt Frankfurt - Buchenwald

9.00 Uhr ab DGB-Haus Frankfurt am Main Wilhelm-Leuschner-Straße 69-77

Veranstalter: DGB-Region Frankfurt-Rhein-Main, Lagergemeinschaft Buchenwald-Dora/Freundeskreis, VVN-BdA u.a. Anmeldung: DGB Region Frankfurt-Rhein-Main, 069/273005-77 (H. Koch-Panzner), DGB-Jugend 069/273005-59 (O.Gruß) oder VVN-BdA, 069/5970524 oder 06195/900846 (R. Heinemann)

Teilnahmebeitrag: 10 Euro für Menschen mit festem Einkommen, erm. **5 Euro** **16.00 Uhr** Rückfahrt nach Frankfurt